
DAKS-Kleinwaffen-Newsletter

Informationen des Deutschen Aktionsnetzes Kleinwaffen Stoppen – Ausgabe 01/08

1. EU-Kontrollen gegen Weiterverbreitung: gute Praktiken – schlechte Praktiken?

von Robert Lindner, Oxfam Deutschland

International operierende Unternehmen beklagen häufig den nationalen Regelwirrwarr innerhalb der EU und rufen nach Harmonisierung. So auch im Rüstungssektor: 27 unterschiedliche und teils widersprüchliche Gesetzes- und Vorschriftensysteme der Mitgliedsstaaten zur Genehmigung und Durchführung von grenzüberschreitenden Rüstungstransporten erschweren in der Tat profitorientierten Hersteller- und Frachtfirmen das Geschäft. Das Durcheinander macht aber auch Behörden und Zivilgesellschaft das Leben schwer, die Licht in dubiose Transit- und Umweggeschäfte bringen möchten.

Kriterium Nr. 7 des EU-Verhaltenskodexes zu Waffenausfuhren regelt die Prüfung von Exportanträgen hinsichtlich der Gefahr von unerlaubter Umlenkung oder Weiterverbreitung („Diversion“) von Rüstungsgütern. Der zuletzt im Juli 2007 überarbeitete Anwenderleitfaden (User's Guide to the Eu Code of Conduct on Arms Exports) gibt den nationalen Genehmigungsbehörden zwar einen Katalog von Prüfkriterien an die Hand. Doch wie lässt sich in der Praxis gewährleisten, dass das problematische Handelsgut auch wirklich beim rechtmäßigen Endverwender ankommt und nicht etwa während des Transports oder nach der Auslieferung in dunklen Kanälen verschwindet? Reichen die vorhandenen Regelungen der EU-Mitgliedsstaaten zum Nachweis des Endverbleibs und der Endverwendung aus und lassen sich Rüstungsgüter auf ihren mitunter verschlungenen Transportwegen lückenlos überwachen? Mitglieder der einzelnen EU-

Regierungsarbeitsgruppe COARM sowie Vertreter europäischer Nichtregierungsorganisationen (NRO) und der Wirtschaft diskutierten am 28.11.2007 in Brüssel auf Einladung der portugiesischen EU-Ratspräsidentschaft über bestehende Kontrollen und deren Weiterentwicklung auf nationaler und europäischer Ebene.

Regierungsvertreter stellten einzelne „gute Praktiken“ ihrer Länder vor, unter anderem Schweden die Entwicklung angeblich fälschungssicherer Endverbleibsdokumente („bank note certificates“), Frankreich die kürzlich auf seine Initiative hin in das Wassenaar-Arrangement übernommenen Best Practices zur Verhinderung der verbotenen Umlenkung von Kleinwaffen und leichten Waffen bei Lufttransporten, und Deutschland seine „Neu-für-Alt“-Regelung. NRO-Vertreter plädierten insbesondere für verstärkte vor-Ort-Inspektionen von Rüstungsgütern beim Empfänger und empfahlen, auch außerhalb der EU praktizierte Verfahren zur Überwachung von Rüstungs-Lieferketten zu prüfen, etwa das US-amerikanische „Blue-Lantern“-System.

Am 29.11.2007 trafen sich die nach Brüssel gereisten europäischen NRO-Vertreter zu einem Workshop, um Aktivitäten zu EU-Rüstungskontrollen im Jahr 2008 zu bündeln. Es konstituierten sich selbst organisierte europaweite NRO-Projektgruppen zu folgenden Schwerpunktthemen:

- 1) Re-Exportkontrolle im europäischen Rahmen (praxisrelevante Weiterentwicklung des User's Guides zum EU-Verhaltenskodex bezüglich

Kriterium 7 / Verhinderung der unerlaubten Umlenkung oder Weiterverbreitung von Rüstungsgütern; z.B. Anforderungen an Endverbleibsdokumente, Transitkontrollen, vor-Ort-Kontrollen am Bestimmungsort);

2) Überwindung der Blockade bei der Umwandlung des EU-Verhaltenskodexes in eine rechtlich verbindliche Gemeinsame Position der EU (Schwerpunkt auf französischer EU-Ratspräsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte 2008);

3) Der UN-Prozess zu einem Arms Trade Treaty (Einwirkungsmöglichkeiten auf die Arbeit der

Regierungsexpertengruppe bei den UN zu Grundlagen eines internationalen Waffenhandelskontrollabkommens von Februar bis August, und auf den UN-Abrüstungsausschuss Ende 2008);

4) Informationsaustausch zu Genehmigungen von europäischen Rüstungsexporten (möglicher Ausbau der internetbasierten BICC-Dokumentation zu deutschen Rüstungsexporten).

Informationen zur Arbeit der Projektgruppen:
Robert Lindner, Oxfam Deutschland, Tel. 030-42850621, E-Mail: rlindner@oxfam.de

2. BICC: Kritik an der deutschen Rüstungsexportpraxis

Das Bonner Internationale Konversionszentrum (BICC) bewertet in seiner Presseerklärung zum diesjährigen Rüstungsexportbericht der Bundesregierung deren Exportpraxis weiterhin als „problematisch“. So hätten nach wie vor Länder, die zumindest teilweise gegen den EU-Verhaltenskodex verstoßen, Waffenlizenzen und Rüstungslieferungen erhalten. Peter J. Croll, Direktor des BICC, weist in der Erklärung auf das Kriterium der Menschenrechte hin: „2006 erhielten 44 Länder, deren Menschenrechtssituation vom BICC als sehr bedenklich eingestuft wird, Rüstungsgüter aus Deutschland. 2005 waren es 36 Länder.“ Bedenklich sei nach der Ansicht des Konversionszentrums auch, dass

es in 27 Empfängerländern deutscher Rüstungsgüter schwere interne Gewaltkonflikte gab. Im Vorjahr seien es 19 Länder gewesen. Eine der größten Gruppen der „problematischen“ Empfängerstaaten, so Croll weiter, würden wie bereits im Vorjahr 13 Staaten in der Region Naher und Mittlerer Osten sowie in Nordafrika bilden. So seien 2006 beispielsweise deutsche Rüstungsgüterexporte im Umfang von 56,9 Millionen Euro nach Saudi Arabien sowie im Wert von 93,9 Millionen Euro in die Vereinigten Arabischen Emirate genehmigt worden.

Die gesamte Presseerklärung findet sich unter:
http://www.bicc.de/press/releases/I2007/presserklaerung_gkke.php

3. Peter Lock: Beitrag zur Kleinwaffenthematik zur Diskussion gestellt

Am 29. November 2007 wurde in Berlin von medico international in Kooperation mit dem Auswärtigen Amt eine Konferenz mit dem Titel „Das Ottawa-Abkommen zum Verbot von Antipersonenminen: Modell für eine neue aktive Friedenspolitik?“ abgehalten. Anlässlich dieses Treffens hat der Sozialwissenschaftler Dr. Peter Lock einen Text verfasst, der auch auf die Kleinwaffenproblematik eingeht. Der Beitrag mit dem Titel „Fortschritt und Grenzen – Streumunition und Kleinwaffen“ will zur Diskussion anregen über die richtigen Strategien angesichts der Kleinwaffenproblematik. Lock fordert darin, den analytischen Blick zu schärfen und sich nicht von Betroffenheit leiten zu lassen, „denn sie stellt sich immer erst viel zu spät ein“. Er warnt u.a. vor einer zu einfachen Auffassung

davon, was die kulturelle Einbettung der meisten Kleinwaffen weltweit angehe. Falsche Untersuchungsmethoden – wie, nach Locks Ansicht, etwa „der Versuch des Genfer Kleinwaffeninstitutes, partout eine Zahl aller Kleinwaffen auf der Welt zu ermitteln“ – würden sich kontraproduktiv auswirken. Wichtig seien angesichts einer „Blockade“ am Verhandlungstisch der UN unilaterale, beispielgebende Initiativen. Für Deutschland thematisiert er als Ideen eine Steuer auf Munition, eine Haftpflichtversicherung für Waffenbesitzer und ein Recyclingpfand für Waffen.

Der vollständige Text ist nachzulesen unter:
<http://www.peter-lock.de/frame.php?datei=txt/ottawa.html&menu=home&view=screen&lang=de>

4. Kenia: Krise und Kleinwaffen

von Roman Deckert, BITS

Bei den jüngsten Unruhen in Kenia sind Hunderte Menschen ums Leben gekommen, viele davon durch Schussverletzungen. UN-Angaben zufolge starben allein in Kisumu 44 Menschen auf diese Weise, etliche von ihnen anscheinend auf der Flucht durch Schüsse in den Rücken. Auf zahlreichen Bildern von den Kämpfen ist das G3-Sturmgewehr von Heckler & Koch (H&K) eindeutig zu identifizieren: es ist seit über dreißig Jahren die Standardwaffe der kenianischen „Sicherheitskräfte“. Nach Angaben des renommierten Informationsdienstes Jane's verfügen sie außerdem über die MP5-Maschinenpistole und das HK21-Maschinengewehr, beides G3-Ableger.

Die deutsch-kenianischen Rüstungsbeziehungen begannen bereits 1965, ein Jahr nach Kenias Unabhängigkeitserlangung. Zunächst finanzierte die Bundesrepublik englische Waffenlieferungen für DM 10 Mio. über das Devisenausgleichsabkommen für die britische Rheinarmee. Auf diesem diskreten Umweg wurden auch militärische Transfers für das Nachbarland Sudan abgewickelt. 1967 lieferte H&K die ersten 500 G3 an die kenianische Polizei. In der Folge gab es zwar keine direkten Waffenexporte aus der BRD mehr und die offizielle Ausrüstungshilfe umfasste lediglich „weiches“ Material wie Mercedes-Lkw. Dem Kleinwaffenexperten Edward Ezell zufolge bezog Kenia aber stattdessen G3 aus englischer Lizenzproduktion, angeblich bis zu 200.000 Stück. Der Kooperationsvertrag von 1970 zwischen H&K und den Royal Ordnance Factories (ROF) in Enfield, der im Londoner National Archive einsehbar ist, beweist, dass die Oberndorfer die Zusammenarbeit eingingen, um Märkte zu erschließen, die von der BRD aus nicht zugänglich waren. Das Bundesverteidigungsministerium, das die Entwicklung des G3 finanziert hatte und daher die Rechte an dem Modell hielt, vergab die notwendige Lizenz gegen entsprechende Gebühren.

Nach dem gleichen Muster war H&K eine Partnerschaft mit der französischen Manufacture Nationale d'Armes de St. Etienne eingegangen. Dokumente aus dem Archiv des Auswärtigen Amtes (AA) belegen, dass H&K auf diesem Umweg auch Kenias Nachbarland Uganda hochrüstete. Als die Bundesregierung 1971 den

Verkauf von G3 an Diktator Idi Amin blockierte, lieferten die Franzosen. In dem Dokumentarfilm „General Idi Amin Dada“ von Barbet Schroeder (auf DVD erhältlich) ist der Despot zu sehen, wie er selber ein G3 abfeuert. Weil die Bundesregierung H&K andererseits Exporte nach Tansania erlaubte, konnten auch Amins Feinde ihren Kampf mit dem G3 führen (s. Kleinwaffen-Newsletter 3/2007). Das kenianische Regime unter Daniel Arap Moi wiederum fühlte sich durch die Hochrüstung der Nachbarstaaten bedroht und zog deshalb nach.

In Kenia hat das G3 nicht erst jetzt die politischen und sozialen Spannungen befeuert. Insbesondere seit Beginn der Neunzigerjahre hat es häufige Berichte über die verheerenden Wirkungen des deutschen Exportschlagers gegeben. Vor allem im Norden des Landes setzen rivalisierende Ethnien bei ihren Auseinandersetzungen auf die Durchschlagskraft des G3. Der Nationale Kirchenrat von Kenia berichtet, dass in der North-Rift-Region junge Hirten ihre G3 offen zur Schau tragen. Human Rights Watch (HRW) zufolge haben die kenianischen Behörden auch Dorfmilizen mit G3 ausgerüstet, während korrupte Offiziere G3 an Kriminelle verkauften. Hinzu kommen G3 von Rebellen aus den Nachbarländern Somalia und Sudan, wo das deutsche Sturmgewehr ebenfalls die Nr. 2 ist. Die Gewalt macht selbst nicht vor Geistlichen halt, die in den Konflikten vermitteln. So wurde 2005 in Isiolo – einer besonders betroffenen Region – der katholische Bischof Luigi Locati offenbar mit einem G3 erschossen. Und nicht nur die Bevölkerung, sondern auch die Tierwelt des Landes leidet unter der Proliferation dieser eigentlichen „Massenvernichtungswaffen“, denn Wilderer benutzen das G3 ebenso wie die Rangers in den Nationalparks.

Nach Erkenntnissen von HRW kostet ein G3 auf dem kenianischen Schwarzmarkt umgerechnet rund US\$ 200. Damit ist es zwar erheblich teurer als die Kalaschnikow. Allerdings sei Munition für das G3 billiger und leichter erhältlich. In der ersten Hälfte der Neunzigerjahre errichtete die belgische Firma Fabrique Nationale de Herstal (FN) in Eldoret – der Stadt, in der jetzt der höchste Blutzoll zu beklagen war – eine Munitionsfabrik, die laut Jane's eine Jahreskapazität von 20 Millionen Schuss hat –

was weit über den „normalen“ Bedarf der kenianischen Streitkräfte hinausgeht. Diese Rüstungsschmiede stellt u.a. Munition für G3 und MP5 her, nicht aber für Kalaschnikows.

Frühere Bundesregierungen haben bei Parlamentsanfragen behauptet, dass es keine Unterlagen mehr zu der Vergabe von G3-Lizenzen gebe. Der Kooperationsvertrag zwischen H&K und ROF im britischen National Archive dokumentiert jedoch, dass das Bundesverteidigungsministerium eine Gebühr von DM 5 pro Gewehr berechnete. Eine Bundesregierung, die ihren eigenen moralischen Ansprüchen ge-

recht werden will, sollte dieses Blutgeld mit Zins und Zinseszins benutzen, um großflächige Entwaffnungsprogramme zu finanzieren.

Roman Deckert arbeitet als Kleinwaffen-Experte im Berliner Informationszentrum für Transatlantische Sicherheit (BITS).

Ein Beispiel für den G3-Einsatz in Kenia zeigt ein Video von BBC:

<http://news.bbc.co.uk/1/hi/world/africa/7193230.stm>

5. „Bundesregierung will Interessen der Bundeswehr und der Rüstungsindustrie schützen“ – Interview mit Thomas Küchenmeister

Thomas Küchenmeister ist Leiter des bundesweiten Aktionsbündnisses Landmine.de, das Teil der Internationalen Kampagne für das Verbot von Landminen (ICBL) und der Internationalen Kampagne gegen Streumunition (Cluster Munition Coalition) ist.

1. Wie bewerten Sie den Ausgang der Konferenz zu Streumunition, bei der sich vom 4.-7. Dezember 2007 in Wien Regierungs- und NGO-Vertreter trafen?

Das Interesse der int. Staatengemeinschaft an einem Verbot von Streumunition steigt, das ist positiv. Wir hatten fast 140 Staaten in Wien. Es ging hauptsächlich um die Definition, also die Frage, was ist Streumunition und sollen Ausnahmen zugelassen werden. Die wirklichen Verhandlungen über den Text des Verbotsvertrages beginnen ja erst im Mai in Dublin, wir müssen jedoch jetzt schon höllisch aufpassen, dass nicht Ausnahmen für ein zukünftiges Dokument vorformuliert werden, wie etwa beim Minenverbot, das vor zehn Jahren in Ottawa beschlossen wurde.

2. Welche Politik verfolgte die deutsche Bundesregierung bei der Wiener Konferenz?

Einerseits erklärt die Bundesregierung, sie sei an einem Verbot interessiert. Aber andererseits hat man den Eindruck, sie will die Streumunitionsbestände der Bundeswehr und auch die Interessen der Rüstungsindustrie schützen. Warum will man denn nur ein Einsatz-, Export- und Produktionsverbot für völlig veraltete Streumunitionstypen? Warum bleiben die aktuelle Serienproduktion deutscher Hersteller und moderne Bestände der Bundeswehr unangetastet? Die Bundesregierung sagt, letztere seien „ungefährlich“, was natürlich dummes Zeug ist!

Jeder, der einmal in einem Land gewesen ist, wo Streumunition eingesetzt wurde, weiß, dass es keine ungefährliche Streumunition gibt. Deutschland will die UN-Waffenkonvention zum entscheidenden Forum für das Thema machen, wo es aber zu keinem Verbot kommen wird, weil dort die USA und Russland mit am Tisch sitzen, die nie einem Verbot zustimmen würden, was die Bundesregierung weiß. In Wien ist ganz klar geworden: Nur der „Oslo-Prozess“ ermöglicht ein umfassendes Verbot von Streumunition.

3. Was passiert in der Schweiz und in Österreich bezüglich Verboten von Streumunition?

Wir haben im vergangenen Jahr zusammen mit der österreichischen Kampagne im Rahmen einer Anhörung im dortigen Parlament ein Gesetz zum Verbot von Streumunition vorgeschlagen und waren jetzt selbst ein wenig überrascht, dass dort bereits ein Jahr später ein derart vorbildliches Gesetz, welches ein Totalverbot festschreibt, verabschiedet wurde. Chapeau Autriche! Anders sieht es in der Schweiz aus, hier geht es eben wie in Deutschland offenbar mehr um Bestands- und Industrieschutz, was in Österreich eben nicht der Fall ist. Der Nationalrat hatte zwar für ein Totalverbot votiert, aber der Ständerat hat dies abgelehnt. Die Schweiz wird – wenn überhaupt – ähnlich wie Deutschland wahrscheinlich

nur ein Verbot veralteter Streumunition beschließen und will für über 600 Mio. Franken ihre Streumunitionsbestände modernisieren.

4. Was hat es mit der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 13. Dezember 2007 zu Antipersonenminen auf sich?

Das Parlament hat mit der Resolution vom 13.12.07 noch einmal dazu aufgefordert, das Minenverbot einzuhalten bzw. dem Verbotsvertrag beizutreten, was ja z.B. in Bezug auf die EU für Polen und Finnland noch nicht gilt.

Wir haben am Rande unserer Ausstellung zum Thema „10 Jahre Ottawa-Konvention“ im November letzten Jahres im Europaparlament in Straßburg verstärkt Lobby für diese Resolution gemacht und haben wesentliche Inhalte beige-steuert. Uns war es wichtig neben den Erfolgen der Kampagne bzw. des Minenverbotes besonders auch auf verbleibende Herausforderungen hinzuweisen. Erfreulicherweise haben wir rückläufige Opferzahlen, aber es sind eben weltweit erst 2.000 km² geräumt worden und es liegen mindestens noch 200.000 km² vor uns. Zudem müssen Opfer auch weiterhin versorgt werden, wofür Ressourcen benötigt werden und

ein vollständiges Verbot aller Landminen ist ja auch noch nicht erreicht.

5. Welche Resonanz hatte die Ausstellung zu Landminen und Streumunition, die zwei Monate im Deutschen Bundestag zu sehen war?

Die Ausstellung stieß auf eine durchweg positive Resonanz. Wir werden versuchen, sie jetzt auch an anderen Orten und nicht nur in Deutschland zu zeigen.

6. Welche Pläne hat das Aktionsbündnis Landmine.de für 2008?

Sicherlich werden wir uns weiter für ein vollständiges Verbot von Streumunition und Landminen auf nat. und int. Ebene einsetzen, wir werden uns auch zukünftig für mehr Opferhilfe stark machen, der Rüstungsindustrie auf die Finger schauen und uns auch um das Thema „nachhaltiges Investment“ in Bezug auf Hersteller von Minen und Streumunition kümmern.

Die Fragen stellte André Maertens.

6. Leserbrief: Schweizer Armee als reale Bedrohung der Bevölkerung

Diesen Leserbrief schickt uns Heinrich Frei aus Zürich.

Soldaten im Tram mit Kampfanzug und Sturm-gewehr, wecken nicht nur bei meiner finnischen Bekannten, die noch nicht lange in der Schweiz ist, mulmige Gefühle. Viele Schweizerinnen und Schweizer nehmen die Soldaten und die Armee insgesamt nur noch als Gefahr wahr. Diese Gefahr ist real: 1988 wurde eine junge Frau von einem Wachsoldaten in Affoltern am Albis angeschossen. Diese Frau überlebte zum Glück. Dies passierte bevor, wie jetzt, der Wachdienst mit durchgeladenem Gewehr geleistet werden soll. Ein Wachdienst mit durchgeladener Feuerwaffe, geleistet auch von Soldaten, die nicht selten angetrunken oder bekifft Wache schieben? Am 23. November, im letzten Jahr, wurde eine 16-Jährige an einer Bushaltestelle am Höggerberg in Zürich von einem Soldaten, der aus der Rekrutenschule heimkehrte, erschossen. Daneben: Die vielen Suizide und Familien-dramen mit Armeewaffen, begangen von Wehr-männern, die eigentlich unser Land verteidigen sollten.

Gegen einen äußeren Feind hat die Schweizer Armee im Zeitalter der Atomraketen und Cruise-Missiles keine Chancen. Es bleibt nur noch der „Innere Feind“. Heute sind es angeblich Terro-risten, die uns bedrohen, morgen sind es wieder, wie früher, Arbeiter, Angestellte und Bauern, die streiken, die sich wehren.

1961: Bei einer Bauerndemonstration in Bern werden Truppen in Bereitschaft gehalten.

1968: Die Armee stationiert Truppen im Jura, um mögliche Volkskundgebungen zu bekämpfen. Truppenteile des Panzerregimentes 8, das mit dem Pikett im Jura beauftragt ist, werden mit scharfer Munition, Handgranaten, Tränengas und Stacheldraht ausgerüstet.

(zitiert aus dem Buch: „Demokratie von Fall zu Fall, Repression in der Schweiz“, Max Schmid, 1976)

Auch die Sozialdemokraten, die immer noch für Militärkredite stimmen und für Auslandeinsätze

der Armee plädieren, täten gut dran, ihre Militärdoktrin zu überprüfen und die Konzepte der gewaltlosen Verteidigung zu studieren, wie sie der Berliner Friedensforscher Theodor Ebert und viele andere Autoren vorgelegt haben. (Theodor Ebert, Gewaltfreier Aufstand – Alternative zum Bürgerkrieg). Zu erinnern ist,

ein gewaltloses Vorgehen und eine gewaltlose Verteidigung können erfolgreich sein: Nach 50 Jahren Diktatur gelang es gewaltlos, in Osteuropa die russische Besatzung zu beenden. Ein gewaltsames Vorgehen, damals in der DDR usw., hätte sicher eine blutige Reaktion der Roten Armee ausgelöst, wie in Tschetschenien.

7. Michail Kalaschnikow wirbt für deutsches Sportgewehr

„DIE ZEIT“ berichtet unter der Überschrift „Der Meister des Todes“ darüber, dass die deutsche Firma German Sport Guns (GSG) mit Michail Kalaschnikow, dem Konstrukteur der AK47, zusammenarbeitet. In ihrem Artikel schreibt Susanne Härpfer, dass Kalaschnikow – „ausgerechnet der Mann, der quasi das Synonym fürs massenhafte Schießen und Töten entwickelt hat“ – mit seinem Namen für ein Sport- und Freizeitgewehr im Kaliber .22 long rifle werbe. Das sei, so Härpfer weiter, historisch betrachtet, nicht ohne Ironie. Denn Kalaschnikow habe „sein Maschinengewehr einst entwickelt, damit sich sein Land im Zweiten Weltkrieg gegen die Deutschen wehren konnte. Nun wird ausgerechnet in Deutschland künftig unter diesem Namen ein Gewehr gebaut, mit dem Deutsche und andere in ihrer Freizeit herumballern können.“ Der ganze Artikel vom 22. Januar findet sich unter:

<http://www.zeit.de/online/2008/03/kalaschnikow>

Wie tödlich Kalaschnikow-Gewehre auch in heutigen Kriegen sind, zeigt ein Bericht von Rainer Rupp in der Tageszeitung „Junge Welt“ vom 12. Januar. Zitiert wird dort die Aussage eines US-Soldaten, er habe zusammen mit seinen Kameraden im Irak häufig „aus Spaß“ Passanten erschossen. Dafür hätten sie gestohlene Kalaschnikow-Gewehre benutzt. Weiter heißt es in dem Bericht: „Deren Schußgeräusche seien leicht zu identifizieren, so daß die Besatzer bei Nachfragen immer behaupten konnten, sie seien von ‚Aufständischen‘ beschossen worden – eine Aussage, die seit geraumer Zeit aus dem Irak kommende Berichte bestätigt.“ Der Artikel ist in der Druckausgabe der Zeitung nachzulesen oder im Internet unter:

<http://www.jungewelt.de/2008/01-12/051.php>

Impressum & Kontakt

DAKS-Koordination
c/o RüstungsInformationsBüro (RIB e.V.)
Postfach 5261, 79019 Freiburg

Tel. 0761-7678088
E-Mail: rib@rib-ev.de
Web: www.rib-ev.de/daks

Mitglied im DAKS sind:

- ▶ AG Rüstungsexporte im Netzwerk Friedenskooperative, Bonn
- ▶ attac-Ortsgruppen
- ▶ BUKO-Kampagne „Stoppt den Rüstungsexport!“, Bremen
- ▶ Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK), Frankfurt
- ▶ Friedensinitiative Nottuln
- ▶ IPPNW Stuttgart
- ▶ Kampagne gegen Rüstungsexport bei Ohne Rüstung Leben (ORL), Stuttgart
- ▶ Netzwerk Afrika Deutschland, Bonn
- ▶ pax christi – deutsche Sektion, Bad Vilbel
- ▶ pax christi – Bistumsstelle Rottenburg/Stuttgart
- ▶ RüstungsInformationsBüro (RIB e.V.), Freiburg
- ▶ WORLD VISION Deutschland e.V., Friedrichsdorf
- ▶ ... sowie weitere Gruppen aus dem Friedensbewegungs-, kirchlichen und entwicklungspolitischen Zusammenhang.

Hinweis: DAKS und die Sponsoren des Newsletters übernehmen für die Inhalte und die Sicherheit der in diesem Newsletter aufgeführten Internetadressen keinerlei Haftung. Verantwortlich i.S.d.P.: Fabian Sieber.

Förderer des Kleinwaffen-Newsletters sind der DAKS-Fonds „Gerechtigkeit für Kleinwaffenopfer“ (angesiedelt beim RüstungsInformationsBüro RIB e.V.) und



Friedenszentrum
Braunschweig

